

Pressemitteilung

30. August 2019

Gemeinsame Pressemitteilung des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg
und der Stadt Rastatt

Stadt Rastatt setzt Mobilitätspakt um: Für alle Verkehrsträger sollen Verbesserungen erreicht werden

Die Stadt Rastatt und das Ministerium für Verkehr des Landes Baden-Württemberg setzen Zeichen für eine klimaneutrale, vernetzte Mobilität. Nachdem die ersten Mobilitätspakte Heilbronn-Neckarsulm und Wiesloch-Walldorf in einem interkommunalen Rahmen entstanden sind, geht mit Rastatt nun eine Kommune zum ersten Mal federführend einen Mobilitätspakt für ihr Stadtgebiet selbst an. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Verkehr, der Stadt Rastatt als verantwortliche Projektleitung und weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik soll im Herbst unterzeichnet und dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt werden. Ende Juli trafen sich die Partner des Paktes in Rastatt, um die Eckpunkte der Vereinbarung und geplante Maßnahmen zu skizzieren.

Ministerialdirektor Prof. Uwe Lahl, der Amtschef im Ministerium für Verkehr, lobt das besondere Engagement der Kommune: „Rastatt ist ein positives Beispiel, dass eine Stadt die große Chance des Wandels der Mobilität erkannt hat und den Planungsprozess selbst in die Hand nimmt. Ich wünsche allen Partnern des Rastätter Mobilitätspaktes, dass sie mutige Entscheidungen treffen. Wir stehen in dem Prozess beratend zur Seite.“

Mit dem Mobilitätspakt, der auf fünf Jahre angelegt ist, sollen für alle Verkehrsträger in Rastatt und der Region umweltverträgliche Verbesserungen erreicht werden. Dabei gilt es zunächst, die Mobilität ganzheitlich und vernetzt zu analysieren. Mit den Daten soll das Zusammenspiel der einzelnen Verkehrsträger optimiert werden, dass eine gute Fortbewegung im Einklang mit Klimaschutz und Lärmschutz gelingt. Betrachtet werden nicht nur der Autoverkehr, sondern auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bus und Bahn, die Gütertransporte auf Schienen und Straßen, das betriebliche Mobilitätsmanagement der lokalen Betriebe und nicht zuletzt der Radverkehr. Der endgültige Mobilitätspakt soll kurzfristige, mittelfristige, aber auch langfristige Maßnahmen

umfassen, die einen Realisierungszeitraum von mehr als fünf Jahren haben. Während des gesamten Prozesses steht Bürgerbeteiligung ganz oben auf der Agenda.

Der Oberbürgermeister von Rastatt, Hans Jürgen Pütsch, zeigt sich „sehr zufrieden“, dass Rastatt den Weg eines Mobilitätspakts geht. „Wirtschaft, Tourismus und Bevölkerung sind in Rastatt und der Region in den letzten Jahren deutlich gewachsen“, betont der OB. „Mit dieser positiven Entwicklung einher ging jedoch eine Zunahme der Verkehrsprobleme in einem sowieso schon verkehrlich hoch belasteten Wirtschaftsraum. Der Mobilitätspakt mit seinem verkehrsträgerübergreifenden Ansatz und einer breiten Bürgerbeteiligung bietet einen idealen Ansatz, die Mobilität ganzheitlich zu verbessern.“

Für Bürgermeister Raphael Knoth ist „Mobilität eines der zentralen Themen und drängendsten Probleme in unserer Region. Der Mobilitätspakt Rastatt bietet uns die Möglichkeit, mit den relevanten Entscheidungsträgern und Akteuren die verkehrlichen Einzelthemen gesamtheitlich in einem strukturierten Prozess anzugehen und zu lösen. Entscheidend hierbei ist, dass die wichtigsten Verkehrserzeuger, wie die großen Unternehmen, aber auch die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, eingebunden werden.“